

02.07.2018

Kleine Anfrage 1232

des Abgeordneten Guido van den Berg SPD

Laschet: „ab 2030“, Pinkwart: „nicht vor 2045“ – was ist die Position der NRW-Landesregierung in der Kohlekommission?

Am 26.06.2018 hat die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ der Bundesregierung ihre Arbeit aufgenommen. In der aktuellen Stunde des Landtags am 13.06.2018 hatte die NRW-Landesregierung sich noch auf die Leitentscheidung von 2016 berufen und durch Ministerpräsidenten Laschet erklärt: *„Im Hinblick auf das Rheinische Revier gilt, dass landesseitig erst vor Kurzem die energiewirtschaftliche Notwendigkeit der Tagebaue in der Region bestätigt worden ist.“* Und auch in der Leipziger Volkszeitung vom 16.06.2018 ist in dem Interview: *„Wir können nicht vor 2045 aus der Kohle rausgehen“* von Digitalminister Prof. Pinkwart nachzulesen: *„Wir können nur schrittweise und über einen längeren Zeitraum aus der Kohle rausgehen, meines Erachtens nicht vor 2045.“*

Dann jedoch überrascht der Ministerpräsident, der schon bei den Verhandlungen über eine Jamaika-Koalition das Angebot gemacht, 7000 Megawatt Kohlekapazität stillzulegen, im Kölner Stadt Anzeiger vom 09.06.2018 mit neuen Positionen. Im Artikel: *„Laschet: Ausstieg aus Kohlestrom ist von 2030 an möglich“* ist nämlich nachzulesen: *„NRW-Ministerpräsident Armin Laschet sagte, der Braunkohleausstieg im Jahr 2045 sei nicht in Stein gemeißelt. Eine vorzeitige Beendigung sei denkbar, wenn diese unter Abwägung von ökologischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten einschließlich der Versorgungssicherheit möglich und sozial abgefedert sei“, sagte der CDU-Politiker der Zeitung „Die Welt“. Vor dem Jahr 2030 sei der Ausstieg aber nicht realistisch, erklärte Laschet. (...) Dirk Jansen, Geschäftsführer des Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) in NRW, fügte hinzu: „Wir begrüßen, dass Ministerpräsident Laschet offenbar gewillt ist, seine bisherige Kohle-Vorrang-Politik aufzugeben.“ Dies sei in der Vergangenheit nicht der Fall gewesen.“*

Vor diesem Hintergrund bitte ich die Landesregierung um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist die Position des Ministerpräsidenten „ab 2030“ oder die Position des Digitalministers „nicht vor 2045“ die Position der Landesregierung in der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“?

Datum des Originals: 02.07.2018/Ausgegeben: 03.07.2018

2. Mit welchen Erwägungen hat der NRW-Ministerpräsident die attestierte „Kohle-Vorrang-Politik“ aufgegeben?
3. Welche Folgen hat die neue Einschätzung des Ministerpräsidenten, dass ein Ausstieg aus der Braunkohle ab 2030 möglich sei, für die Leitentscheidung und das laufende Planverfahren im Braunkohlenausschuss?
4. Was ist der Inhalt des gemeinsamen Briefes der Wirtschaftsminister von Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen an Bundeswirtschaftsminister **Peter Altmaier** zu Reduktionsüberlegungen von Kraftwerkskapazitäten seitens der Bundesnetzagentur (bitte im Original wiedergeben)?
5. Wie ist das Land Nordrhein-Westfalen an der Auswahl der NRW-Vertreter in der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ eingebunden gewesen (bitte Konsultation für jedes NRW-Kommissionsmitglied darstellen)?

Guido van den Berg